

Weil du arm bist, musst du früher sterben

Corona bestimmt weiter die Schlagzeilen. Aber stimmt unsere Überschrift?

Es heißt doch dauernd: „Das Virus macht keinen Unterschied!“. Oder „Wir sitzen alle in einem Boot!“. Dass solche Sprüche falsch sind, merkt man schon daran, dass im Grunde alle in den Massengräbern der USA verscharften: „Schwarze, Arme, Kranke“ waren. Oder in der Presse: „Millionen Briten droht Hunger“ auch die Meldung „Der stille Tod in den Vororten von Paris“ - dort wo die Armen dichtgedrängt in den Betonburgen leben.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, kann sein - aber die einen oben und die anderen tief unten im Schiffsbauch und kommen nicht mehr heraus. Die Schutzmaßnahmen bei uns sind zwar allgemeingültig, aber sie treffen uns auch nicht unterschiedslos.

Die da oben und die da unten

Die soziale Spaltung, die unser Land durchzieht, zeigt sich auch in diesem Moment: Es ist ein Unterschied, ob die Ausgangsbegrenzung jemanden trifft, der eine geräumige Altbauwohnung oder ein Haus mit Garten hat. Oder ob sie jemanden trifft, der mit vielen Kindern auf engstem Raum ohne Balkon lebt beziehungsweise allein in einem Pflegeheim, für das eine Besuchssperre gilt.

Wir sollten auch über die Stadtgrenzen hinaus denken: Der Virus trifft auf unglaubliche Armut in vielen Ländern der Welt. In den Townships

den Slums und Favelas greift der Tod zuerst nach den Armen und Obdachlosen.

Wo wir leben, haben wir Verantwortung

Auch weil bei uns die Lage nicht zu vergleichen ist mit den Elendsvierteln dieser Welt habe wir eine Verantwortung.

Wir brauchen nach wie vor eine Koordination in der Beschaffung und Produktion aller notwendigen medizinischen Materialien und Geräte. Die Corona-Lohnzuschläge müssen jetzt wirklich für alle in Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und den vielen Supermarktkassen erfolgen. Das muss ergänzt werden um einen regelmäßigen monatlichen Gehaltsaufschlag von 500 Euro für Pflegekräfte.

Sonst hat man nichts aus diesen Tagen gelernt. Sonst droht dieser Versuch einer Anerkennung der besonderen Leistungen unterbezahlter Berufsgruppen in Zeiten von Corona zum Gegenteil zu werden: Einer Botschaft der Missachtung dessen, was die Pflegekräfte seit Jahrzehnten tagtäglich bis über ihre Belastungsgrenzen hinaus leisten.

Wer wird alles bezahlen?

Natürlich steht immer die Frage im Raum, wer letztlich all das bezahlen soll. Wir müssen

aufpassen, ob nach Corona aus der Krise wirklich etwas gelernt wurde.

Deshalb sollte klar sein, dass all jene, die jetzt den Laden am Laufen halten, nicht am Ende wieder eine Sparpolitik auf ihre Kosten schlucken müssen. Dann sollten endlich jene Konzerne zahlen, die ausgerechnet in diesen Tagen 44 Milliarden Euro an Dividende auszahlen. Und es sollte zumindest das reichste Hundertstel der Bevölkerung, das ein Gesamtvermögen von netto rund 3800 Milliarden Euro besitzt, ordentlich an den Krisenkosten beteiligt werden.

Darüber muss dann gesprochen werden. Wir hoffen dass solche Fragen auch bei anderen örtlichen Parteien diskutiert werden.

Wir hoffen, alle lernen und handeln.



Arme sind Verlierer

Seit vielen Jahrhunderten heißt es im Volksmund: „Arme müssen früher sterben“. Auch in der gegenwärtigen Corona-Krise bestätigt sich diese Faustregel.

Wir leben, wie es immer heißt, in einem „reichen Land“ - aber in sozialer Hinsicht sind Arme, Bedürftige und Benachteiligte die Hauptleidtragenden der Pandemie. Da die Lebensmitteltafeln, an denen sonst 1,65 Millionen Menschen regelmäßig mit Nahrung versorgt werden, und Suppenküchen meist geschlossen sind, haben diese am Monatsende oft nichts mehr zu essen.

Im Kreis Groß-Gerau und in unserer Stadt hat sich 2017 ein gemeinnütziger Verein zur Rettung und Verteilung von Lebensmitteln etabliert.



Die kommunale Demokratie wird in wichtigen Teilen außer Kraft gesetzt

Die DKP/Linke Liste in unserer Stadt weist auf den aktuellen Demokratieabbau hin.

So werden momentan Mandatsträger nicht an Beschlüssen beteiligt und nicht informiert. In einer Erklärung heißt es:

Maßnahmen in Mörfelden-Walldorf sind überzogen und nur teilweise durch den neuen § 51a der HGO gedeckt.

Die Corona-Krise hat das öffentliche Leben lahmgelegt – heißt es. Lahmgelegt und praktisch außer Kraft gesetzt wird auch die Demokratie. Der Hessi-

EfA Essen für Alle

Die ehrenamtlichen Helfer von „EfA - Essen für Alle“ beliefern mit weiteren Unterstützern nicht mobile ältere Menschen mit Obst, Gemüse und Backwaren.

Kontakt für Mörfelden/Walldorf:
www.essen-fuer-alle.org
Tel. 0176 96631315

Unterstützt wird die Auslieferung in Mörfelden-Walldorf u.a. von: Dietmar Treber (Stadtverordneter DKP/Linke Liste) mit 11 Helfern Maximilian Gegenheimer (JUSO-Vorsitzender MöWa) mit 13 Helfern Jugendorganisation der Ahmadiyya

Essen für Alle (EfA) ist ein Verein zur Rettung und Verteilung von Lebensmitteln. Die ehrenamtlichen Helfer von EfA holen unverkäufliche, abgeschriebene Lebensmittel in Geschäften ab und geben diese nahezu komplett an soziale Einrichtungen, wie den Kinderschutzbund, sowie Alleinerziehende und an ältere Menschen, besonders Frauen.

Ziel ist es, möglichst alle Lebensmittel zu verwerten und nichts wegzuworfen. EfA versteht sich als Ergänzung zur Tafel. Bei EfA muss niemand einen Schein zum Nachweis der Bedürftigkeit vorlegen. EfA holt an den Tagen in den Märkten ab, an denen die Tafel nicht abholt und was sonst geworfen werden würde.

sche Landtag hat eine Änderung der HGO beschlossen, die die Möglichkeit bietet, die Arbeit der kommunalen Vertretungskörperschaften weitgehend auszusetzen und die Öffentlichkeit weitgehend auszuschließen. In Mörfelden-Walldorf werden den gewählten Vertretungskörperschaften unter Berufung auf diese Gesetzesänderung Einschränkungen auferlegt, die jedes vernünftige Maß überschreiten. Kann-Bestimmungen werden als Soll-Bestimmungen interpretiert. Möglichkeiten des Internets, sowie es andere Kommunen beispielhaft vormachen (Videokonferenz*), oder Tagungen von Vertretungskörperschaften in Sporthallen, um die Abstandsregel einzuhalten, werden nicht genutzt.

Schutzmasken für alle

Auf dem Wochenmarkt in Raunheim wurden kostenlos Schutzmasken verteilt. Das hat der Krisenstab der Stadtverwaltung entschieden. Es sei eine „großzügige Spende vom chinesischen Automobilkonzern Geely an Ärzte, Apotheken und Senioreneinrichtungen“.

Der Krisenstab der Stadt Bad Homburg hat beschlossen, alle Bürgerinnen und Bürger mit Schutzmasken zu versorgen. Das teilte die Stadt auf ihrer Website mit. Die Kosten für die Versorgung der gesamten Bad Homburger Bevölkerung liegen nach Angaben der Stadt im niedrigen sechsstelligen Bereich. Es seien bereits 3.500 Schutzmasken an Hausärzte verteilt worden. Dabei handele es sich um eine Spende der chinesischen Gemeinde in Bad Homburg. Immer deutlicher wird: Die Schutzmasken helfen sehr beim Kampf gegen Covid-19-Pandemie, viele Kommunen wurden aktiv.

Wir fragen uns, ob man im Rathaus unserer Stadt nicht darüber nachdenkt, schnellstens dem Beispiel vieler Städte zu folgen?

Die Bundesregierung wird Schutzausrüstung für den Kampf gegen die Covid-19-Pandemie mit einer eigens eingerichteten „Luftbrücke“ aus China beschaffen. Im großen Stil sollen Schutzmasken, Schutzanzüge und weitere Materialien von der Lufthansa nach Deutschland geflogen werden. Viele Wochen nach dem – absehbaren – Ausbruch der Pandemie in der BRD herrscht in Krankenhäusern und Arztpraxen sowie bei Pflegediensten eklatanter Mangel an Schutzausrüstung. Wir brauchen jetzt aber schon einen wöchentlichen Corona-Test für die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in Pflegeheimen. Dass einer der reichsten Staaten der Welt sein medizinisches Personal ohne auch nur halbwegs angemessene Schutzkleidung in den Kampf gegen eine Pandemie schickt, ist ein Ausdruck skandalösen Versagens. Deutschland hatte zunächst ein chinesisches Hilfsangebot abgewiesen. Deshalb die späte „Luftbrücke“.

Nichts dazu gelernt?

Im November 2019 wurde bekannt: Die Kreisklinik Groß-Gerau beantragt Insolvenz.

Jetzt in den Medien: „Kreisklinik Groß-Gerau: Aufschub für Insolvenzverfahren. Zugunsten der Covid-19-Bekämpfung gibt es drei Monate mehr Zeit für eine Neuordnung der Kreisklinik.“

Der Kampf um den Erhalt der Kreisklinik dauert schon lange. Die Entscheidung, die Insolvenz zu beantragen, sei notwendig geworden, hieß es damals: „weil die gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die Kreisklinik Groß-Gerau GmbH nur mit diesem Vorgehen beherrschbar sind“.

Die LINKE. Offene Liste im Kreistag, und die DKP sind der Meinung: die Klinik muss erhalten bleiben.

Der Landrat hält die Klinik vor allem mit Blick auf den südlichen Teil des Landkreises Groß-Gerau für „bedarfsnotwendig“.

Die neue Geschäftsführerin Raab hält die Kreisklinik „in ihrem Kern“ für gesund.

Nun soll es einen „Insolvenz-Aufschub“ geben.

Die Klinik wird gebraucht!

Gerade jetzt als Zentrum der Kampfes gegen Corona. Aber auch danach. Hat man in Berlin und Wiesbaden nicht begriffen, was sich ändern muss? Wir haben eine neue Lage, wir haben neue Erkenntnisse. Die Kliniken müssen zurück in die öffentliche Hand. Profit darf nicht Kriterium des Handelns sein, sondern nur der Bedarf der Gesellschaft am Gemeingut Gesundheit.

Notwendig wäre eine Übernahme der Verbindlichkeiten durch die Bundes- und Landesregierung.

Notwendig ist die Zurückdrängung der privaten Kliniken.

Sonst wird es einmal heißen: Sie haben aus der Corona-Zeit nichts gelernt.

Danke für Spenden!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

Kommt das alles wieder?

Auch das gehört zum Thema „Corona - was lernen wir daraus?“ Viele haben Ostern erlebt, ohne Fluglärm. Über uns blauer Himmel.

Fraport ein großer Flugzeug-Parkplatz. Terminal 2 geschlossen. Flugverkehr fast null. Notwendige Flüge meist Frachtflüge.

Endlich mal wieder Nachts bei offenem Fenster schlafen.

Fachleute schrieben: „Gesundheitsgefährlicher Feinstaub total reduziert.“ Wissenschaftler mahnen: „Wir müssen künftig anders leben.“ Man spricht von „weniger Urlaub in fernen Ländern“.

Aber am Terminal 3 wird zügig weitergebaut. Fraport träumt weiter von „Billigfliegern“, „Flüge nach New York zum Shoppen“ und anderen „tollen Angeboten“.

Eine Petition der Vernunft

DKP fordert:

Weg mit den Sanktionen

In einer Petition schreibt die DKP u.a. *Die imperialistischen Länder halten trotz des Kampfes gegen die Covid-19-Pandemie an den Sanktionen gegen die sogenannten „Schurkenstaaten“ fest. Wir sagen: Stellt die Zwangsmaßnahmen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba und Venezuela ein! Es ist ein Ruf der Vernunft, weil der Austausch von medizinischen Geräten, Schutzkleidung, Medikamenten und Forschungsergebnissen im Kampf gegen das Virus lebensrettend sind. Es ist ein Ruf der Menschlichkeit, weil die Sanktionen in erster Linie die Ärmsten der Armen treffen, erst recht in einer Krise wie dieser. Es ist ein Ruf gegen den Kapitalismus, weil in dieser Krise für alle sichtbar wird, dass dieses System über Leichen geht. Die Bundesregierung verweigert die enge Zusammenarbeit mit China, schlägt Hilfsangebote aus und diffamiert kubanische Ärztebrigaden. Hier geht es nicht um die Bekämpfung des Virus, sondern um Systemkonkurrenz. Die Aufhebung der Sanktionen ist ein „No-go“ für USA, EU und deutsche Bundesregierung. Die USA haben den*

ökonomischen Druck auf Venezuela verstärkt und Kriegsschiffe losgeschickt. Für den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell sind Sanktionen „unverzichtbar“ im Kampf gegen „Brüche des Völkerrechts“, „Menschenrechtsverletzungen“ und „Störer von Friedensprozessen“. Die Bundesregierung lehnte zuletzt die Aufhebung der mörderischen Sanktionen gegen Syrien strikt ab.

Damit stellen sie sich gegen UN-Generalsekretär António Guterres und gegen die übergroße Mehrheit der Staaten. Guterres hatte angesichts der Coronakrise Ende März verlangt, die Sanktionen auszusetzen. Russland unterstützte ihn mit einer entsprechenden Resolution. Auch China und die „Gruppe der 77“ forderten das Ende ökonomischer Zwangsmaßnahmen. Der „Gruppe der 77“ gehören heute 134 sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer an. Sie repräsentieren rund 80 Prozent der Weltbevölkerung. Auf Initiative der Kommunistischen Partei Chinas sprachen sich über 230 politische Parteien aus mehr als 100 Ländern – darunter die DKP – für eine engere internationale Zusammenarbeit und ein Ende der Sanktionen aus. In Deutschland hat die DKP eine entsprechende Petition an die Bundesregierung gestartet.

Geld für Gesundheit statt Rüstung!

Aus der Erklärung
Netzwerk Friedenskooperative
Network of the
German Peace Movement

Abrüsten und Ende der Kriege bleibt das Ziel der Friedensbewegung

Ostermärsche gehören zur politischen Kultur im Lande. Die Basisinitiativen der Friedensbewegung trugen trotz der Corona bedingten Verbote ihre Forderungen vielfältig in die Öffentlichkeit. Neben der Reduzierung der Rüstungsausgaben, der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, dem Stopp aller Waffenexporte, dem Verbot von Atomwaffen ging es um eine glaubwürdige Entspannungspolitik gegenüber Russland. Die Aktionsformen entwickelten sich spontan; so durch selbst gefertigte Banner und Plakate oder bunte Pace-Fahnen aus den Wohnungen, Autos, Fahrrädern und bei Spaziergängen und in Nachbarschaftsbriefen. Unter Strafandrohungen wurden Ostermarschinitiativen aufgefordert, ihre Forderungen hintanzustellen.

Doch, wer hat die Defizite im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Infrastruktur, wie auch in der Bereitstellung von Medikamenten zu verantworten. Profit ging vor Menschenleben durch Abbau und Privatisierung der Gesundheitssysteme. Damit müsse Schluss sein.

In vielen Postern, Bildern und Videoaufnahmen wurde auf die Gefahr verwiesen, die restriktive Situation über die Ostertage als Übung für einen dauerhaften Ausnahmezustand auszubauen. Beschränkungen der Bürgerrechte dürfen nicht hingenommen werden.

Die Aktiven der Ostermarschbewegung werden sich gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen so wie Schüler- und Studierendeninitiativen im Herbst dafür einsetzen, dass die Krisen bedingten Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte wieder aufgehoben werden. Abrüstung bleibt die zentrale Forderung der Friedensbewegung.

Das „weiter so“ mit Krieg und Militarisierung muss beendet werden, forderten die Friedensaktivisten.

Die Forderung von UN-Generalsekretär Guterres zu einem „sofortigen weltweiten Waffenstillstand.“ müsse jetzt realisiert, die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen jetzt beendet und die Rüstungsexporte sofort verboten werden. „Die nächsten Aktionen der Friedensbewegung und der Ostermarsch des Jahres 2021 müssen entschieden gegen die weitere Militarisierung der Gesellschaft, für internationale Kooperation und Solidarität mobilisieren“, sagt der Sprecher des Frankfurter Ostermarschbüros, Willi van Ooyen.



Zum 1. Mai 2020 Die Internationale

Die Internationale ist das weltweit am weitesten verbreitete Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der ursprünglich französische Text aus dem Jahr 1871 stammt von Eugène Pottier, einem Dichter und aktiven Beteiligten der Pariser Kommune. Die Melodie des Liedes wurde 1888 vom Belgier Pierre Degeyter komponiert.

**Es rettet uns kein höh'eres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!**

Aus: „Die Internationale“. (Deutscher Text - Emil Luckhardt, 1910)